

18.25

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher hier und vor den Bildschirmen! Herr Kollege Troch, zu Ihnen komme ich später. Trotzdem ist einmal festzustellen: Wohnen ist keine Ware, und es ist meine tiefste Überzeugung, dass man Wohnen deshalb bestmöglich der Marktlogik entziehen muss, denn Wohnen ist ein Grundrecht und Spekulation nicht. (*Abg. Locker: Wie ist das mit Essen? Ist Essen eine Ware?*) Mit dem vorliegenden Antispekulationspaket schaffen wir eine weitere Mietkostenbremse, die die Auswüchse der Immobilienspekulation bekämpft, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei den Grünen.*)

So weit sind wir uns mit der Sozialdemokratie, aber ich glaube mit fast allen Parteien in diesem Haus, einig: Im Moment ist eine der größten Sorgen der Menschen tatsächlich die Frage nach leistbarem Wohnraum. Tatsächlich ist es dann auch die Aufgabe der Politik, sich darum zu kümmern und Vorgaben zu machen. Was man sehr wohl auch feststellen kann, ist, dass dieser Plan, dass die unsichtbare Hand des freien Marktes alles regelt, tatsächlich gescheitert ist. Das bezeugen die Zeitungsannoncen jeden Tag, das belegen auch die Mietpreise, die in den Ballungszentren in für viele schier unbezahlbare Höhen schießen.

Es kauft – und das ist sehr wohl ein Problem – nicht mehr nur der, der drinnen wohnt, sondern es kaufen auch diejenigen, die ein gutes Investment suchen. Das wird im Kern zur großen Problematik, weil gewöhnliche Wohnungssuchende mit ihrem doch sehr legitimen Wunsch nach leistbarem Wohnraum mit den Gewinnerwartungen von InvestorInnen konkurrieren müssen. Diese Schieflage muss daher korrigiert werden. (*Abg. Wurm: Ihr seid in der Regierung!*)

Die gute Nachricht, meine liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Politik ist schon: Unleistbare Mieten sind kein Naturgesetz, sondern das kann man als Politik ändern. Die schlechte Nachricht ist: Es wird nicht ohne unorthodoxe Maßnahmen gehen, und man wird damit nicht überall einen Beliebtheitswettbewerb gewinnen können. (*Abg. Wurm: Was sind das für Maßnahmen?*)

Dennoch: Die Politik muss Verantwortung übernehmen und die Vormacht auf dem Wohnungsmarkt wieder zurückholen. Für den gemeinnützigen Wohnbau, der wirklich besonders sensibel ist, bedarf es auch besonders strenger Regeln. Das gemeinnützige Bauen sollte nur für den Eigenbedarf da sein und nicht für irgendwelche Deals gemeinnütziger Wohnbauträger oder jener, die die Wohnungen käuflich erwerben.

Deshalb kommt die Mietkostenbremse. Bisher waren nämlich die Mietpreise für Wohnungen, die vom gemeinnützigen Wohnbauträger sofort abverkauft worden sind, nicht geregelt. Jetzt haben wir eine Grenze bei den Richtwertmieten für 15 Jahre eingezogen – also einen leistbaren Tarif: Das bedeutet zum Beispiel für Wiener BewohnerInnen – wir haben es gerade gehört – 6,15 Euro, für Voralbergerinnen und Vorarlberger 9,22 Euro. Tirol erwähne ich auch noch, weil es heute so prominent war: 7,50 Euro.

Zusätzlich führen wir noch eine Spekulationsfrist ein. Wie schaffen wir das? – Wir geben Bauvereinigungen einen fixfertigen Vorkaufspreis mit Vorkaufsrechten vor und machen damit den Weiterverkauf unattraktiv.

So weit, so gut. Das Interessante aber ist jetzt: Ich habe versucht, allen Ihren Redebeiträgen zu folgen, und hätte auch sehr gern verstanden, wieso die Sozialdemokratie und die NEOS nicht zustimmen. Bei den NEOS mit ihrem Zugang zum Markt und der Liberalität verstehe ich es noch irgendwie, aber bei der SPÖ verstehe ich es überhaupt nicht.

Wenn Sie heute so lapidar drübergehen: Da geht es nur um irgendwelche Regeln für den Revisionsverband, das ist völlig unwichtig für die einzelnen Mieterinnen und Mieter! – Das stimmt natürlich überhaupt nicht. Der Revisionsverband stellt sicher, dass gut gewirtschaftet wird und auch im Sinne der Mieterinnen und Mieter gewirtschaftet wird. Sehr geehrter Herr Abgeordneter Troch, im Kern schützt das die Interessen der Mieterinnen und Mieter. *(Beifall bei Grünen und ÖVP sowie des Abg. Schrangl.)*

Des Weiteren – nochmals – verstehe ich nicht: Bisher habe ich Sie immer so wahrgenommen, als ob Sie sich auf die Seite der Wohnungssuchenden stellen. Jetzt, wenn man hört, Sie wollen diesem Antispekulationspaket nicht zustimmen, liegt eher der Schluss nahe, dass Sie sich vielleicht doch eher auf die Seite der Spekulationsgeschäfte einiger weniger Bauträger stellen. *(Abg. Lercher: Bitte!)* – Ja, tatsächlich! Herr Kollege Lercher, sagen Sie es – Sie kommen nachher heraus –: Wieso stimmen Sie eigentlich dagegen? – Wohl eher nur aus Prinzip. Aber Prinzip ist ein bisschen wenig, denn noch einmal: Da geht es um nichts anderes als darum, dass Wohnen ein Grundrecht ist und Spekulation nicht. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

18.31

Präsidentin Doris Bures: Zu einer **tatsächlichen Berichtigung** hat sich Herr Abgeordneter Schrangl zu Wort gemeldet.

